



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



FaFo
Familienforschung
Baden-Württemberg



MONITOR FAMILIENFORSCHUNG



Ausgabe Nr. 11

Familienfreundlichkeit vor Ort

Inhalt	1
Editorial.....	2
Familienfreundlichkeit vor Ort	3
1. Effekte des demografischen Wandels	3
2. Familienfreundlichkeit als Zukunftsstrategie	4
3. Handlungsfelder für mehr Familienfreundlichkeit	6
4. Potenzialentwicklung durch Zusammenarbeit	8
Datenquellen und Literatur	10
Impressum	11

Städte und Regionen, in denen Familien sich wohl fühlen, sind auch ökonomisch für die Zukunft gut gewappnet. Attraktive Bedingungen für Familien sind ein wichtiger Standortfaktor, der mit zunehmendem Fachkräftebedarf weiter an Bedeutung gewinnen wird. Regionen mit guten Lebensbedingungen für Familien können leichter junge Fachkräfte anziehen und dauerhaft binden. Gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten, dass die jungen Mütter und Väter, die arbeiten wollen, dem Arbeitsmarkt auch wirklich zur Verfügung stehen.

Familien brauchen den Rückhalt des gesellschaftlichen Umfelds insbesondere in der Kinderbetreuung und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verwaltungen, Unternehmen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, freie Träger der Kinder und Jugendhilfe, Tagesmüttervereine, engagierte Bürgerinnen und Bürger können gemeinsam viel für Familien erreichen.

Die Erfolgsgeschichte der rund 440 Lokalen Bündnisse, der vielbeachtete Start der mittlerweile 455 Mehrgenerationenhäuser sowie die schon mehr als 1000 aktiven Mitglieder in unserem neuen Unternehmensnetzwerk zeigen die Reichweite der Potenziale. Unsere Aktionsprogramme belegen, dass Allianzen funktionieren, dass sie Wirkungen erzielen, dass sich der demografische Wandel gestalten lässt, dass Zivilgesellschaft stark sein kann.

Jede Region hat das Potenzial dazu, mit mehr Familienfreundlichkeit ihre Attraktivität für Unternehmen zu steigern. Kreise und Kommunen müssen jeweils spezifische, auf ihre konkrete Situation bezogene Konzepte entwickeln, um ihre Stärken zu stärken und ihre Schwächen auszugleichen. Es gibt durchaus Regionen, die durch einen Mix aus familienfreundlichen Maßnahmen so attraktiv sind, dass die Familien dort zumindest nicht abwandern.

Städte und Gemeinden haben viele Möglichkeiten, Familien ein attraktives Umfeld zu schaffen – der neue Monitor zeigt, welche sich am meisten lohnen.



Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Familienfreundlichkeit vor Ort

Welche Öffnungszeiten hat der Kindergarten und für welche Altersgruppen ist er geöffnet? Gibt es Ferienangebote für Kinder? Ist im Rathaus eine Spielecke für Wartezeiten eingerichtet? Werden die Interessen von Familien in das lokale Planungsgeschehen der Kommune einbezogen? Bietet das örtliche Museum spezielle Angebote für Familien? Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Es sind viele Aspekte, die dazu beitragen, ob Familien ihr Wohnumfeld als familienfreundlich erleben oder auch nicht.

Die Lebensqualität von Familien entsteht vor Ort. Sie wird wesentlich durch die drei Komponenten Zeit, Geld und eine gute Infrastruktur bestimmt. Dabei ist es nicht nur die Aufgabe der Kommune selbst, Familienfreundlichkeit zu gestalten. Verbände, Kirchen, Arbeitgeber und eine engagierte Bürgerschaft sind gefordert, wenn es darum geht, eine Kommune für Familien attraktiv zu machen und damit auch einen Beitrag für die Zukunftssicherheit der eigenen Region angesichts der demografischen Entwicklung zu leisten (BMFSFJ 2007).

1. Effekte des demografischen Wandels

Demografischer Wandel in Deutschland

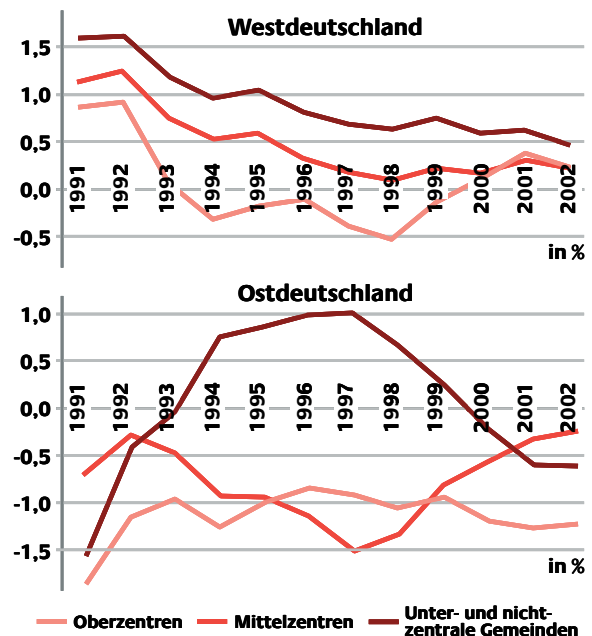
Zwei Entwicklungen bestimmen den demografischen Wandel in Deutschland: anhaltend niedrige Geburtenraten, die nicht ausreichen, die Bevölkerungsgröße konstant zu halten und eine steigende Lebenserwartung. In der Folge wird sich die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahren verkleinern, und sie wird deutlich älter sein. Das Durchschnittsalter, das aktuell bei rund 42 Jahren liegt, wird bis 2050 auf circa 50 Jahre ansteigen. Die Bevölkerungsgröße in Deutschland, die zurzeit bei rund 82 Mio. liegt, wird auf rund 69 Mio. sinken. Neben Alterung und Schrumpfung sind Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands für Kommunen von Bedeutung (Statistisches Bundesamt 2007).

Bevölkerung schrumpft und wird älter

Die demografische Entwicklung erreicht viele Kommunen unmittelbar. Sie müssen einen spürbaren Einwohnerschwund befürchten und mit einer deutlich älteren Einwohnerschaft rechnen. Rund 50% der Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern werden von einer Schrumpfung betroffen sein, wobei diese sehr unterschiedlich ausfallen kann. Die Prognosen für einzelne Gemeinwesen reichen von Werten unter einem Prozent bis zu Werten von 30% oder 40% für einige ostdeutsche Kommunen (K. Schmidt 2006).

Dieses Phänomen erwartet uns nicht in ferner Zukunft, sondern hat bereits eingesetzt. In den letzten 15 Jahren haben rund 2 Mio. Menschen Ostdeutschland verlassen, was in vielen Kommunen deutliche Spuren hinterlassen hat. Im Ruhrgebiet hat zwischen 1970 und 2000 die Zahl der Kinder um ein Drittel abgenommen. Die Stadt Essen hat in diesem Zeitraum bereits 5% ihrer Einwohner verloren. Setzt sich die Entwicklung wie bisher fort, sind Kernstädte in Ost- und Westdeutschland sowie periphere ländliche Räume in Ostdeutschland am stärksten vom Rückgang der Einwohnerzahlen betroffen (Strohmeier/Bader 2004, Müller/Siedentop 2004, K. Schmidt 2006).

Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Kommunen



Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2004

Wie entwickelt sich meine Kommune?

Mit dem „Wegweiser Demographischer Wandel“ stellt die Bertelsmann Stiftung ein Instrument für Kommunen zur Verfügung, mit dem sie abschätzen können, wie der demografische Wandel das eigene Gemeinwesen in den nächsten Jahren betreffen wird und welche Handlungsoptionen bestehen. Es können konkrete Daten und Projektionen der jeweiligen Kommunen für verschiedene Themenbereiche wie Wohnen oder Soziale Lage abgerufen werden. Ziel ist es, Transparenz über die Situation vor Ort herzustellen. Die Kommunen werden anhand ihrer Daten bestimmten Demografietypen zugeordnet, die wiederum mit Handlungsempfehlungen verbunden sind (K. Schmidt).

Konkrete Auswirkungen im kommunalen Bereich

Alterung und Schrumpfung hinterlassen Spuren im Gemeinwesen. Kommunen müssen sich mit den Auswirkungen dieser Entwicklungen auseinandersetzen. Das erfordert ein Management, das neue Konzepte verfolgt, wie z.B. die Organisation eines intelligenten Rückbaus oder interkommunale Kooperationen. Die Tragfähigkeit von Infrastruktur und Verwaltung muss in allen Bereichen überprüft und im Hinblick auf veränderte Bedarfe optimiert werden, um eine optimale Leistungsversorgung der Einwohner aufrecht zu erhalten. Ressourcen und regionale Angebotsstrukturen müssen angepasst werden, da in einigen Bereichen Bedarfe zurückgehen oder sich in anderen strukturell verändern. (Müller 2004, Müller/Siedentop 2004, Jordan/Hensen 2006).

So verschiebt etwa die Alterung der Bevölkerung die Nachfrage nach öffentlichen Gütern wie Plätzen in Alten- und Pflegeheimen. In der Wohnraumplanung werden Kommunen anders disponieren müssen. Die Bedürfnisse junger Familien müssen ebenso und vielleicht noch stärker als zuvor berücksichtigt werden, wenn Kommunen auch in Zukunft attraktiv bleiben wollen. Alternative Nutzungsmöglichkeiten von öffentlichen Gebäuden sind ebenso zu planen wie intelligente Zwischenlösungen: Keine Kommune profitiert auf Dauer, wenn sie Kindergärten und Schulen schließt. (K. Schmidt, Müller/Siedentop 2004, Walla/Eggen/Lipinski 2006, siehe auch Kapitel V.4 und V.5 im 7. Familienbericht BMFSFJ 2006).

Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden auch finanziell zu spüren sein. Voraussichtlich wird eine kleinere Bevölkerung zu Mindereinnahmen im steuerlichen Bereich und zu geringeren Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich führen. Hinzu kommt, dass öffentliche Einrichtungen weniger ausgelastet und Gebühreneinnahmen rückläufig sind. Demgegenüber stehen fixe Haushaltungsposten (z.B. für Infrastruktur), die wenig Einsparmöglichkeiten bieten. Der ortsansässigen Bevölkerung werden höhere Gebühren und längere Wege zugemutet werden müssen. Die infrastrukturelle Tragfähigkeit könnte insbesondere im ländlichen Raum gefährdet sein. Im Bereich der technischen Ver- und Entsorgung (z.B. Wasser und Abwasser, Fernwärme, schienengebundene Verkehrssysteme) sind solche Problematiken bereits real. Es gibt aber auch optimistischere Prognosen, die von einer sich verbessernden Einnahmensituation aufgrund der Annahme einer steigenden Produktivität ausgehen, die ein steigendes Bruttosozialprodukt zur Folge hat und zu einem entsprechenden Wachstum der Steuereinnahmen auch für die Kommunen führt (Mädling 2004, Müller 2004, Koziol 2004, Lipinski 2005, Jordan/Hensen 2006).

2. Familienfreundlichkeit als Zukunftsstrategie

Der demografische Wandel verlangt nach zukunftsfähigen Handlungsstrategien. Kommunen, die sich nicht rechtzeitig mit dieser Entwicklung auseinandersetzen, werden stärker mit negativen Auswirkungen zu rechnen haben. Es wird mehr Konkurrenz zwischen den Kommunen entstehen. Alterung und Abwanderung werden insbesondere die Kommunen treffen, die jungen Leuten keine Ausbildungs- oder Arbeitsplätze anbieten können und den Bedarfen junger Familien nicht entsprechen (K. Schmidt 2006).

Eine nachhaltige Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels ist Familienfreundlichkeit. Kommunen müssen als Standort so attraktiv sein, dass junge Familien vor Ort bleiben und sie sich potenziellen Neubürgern als attraktives Lebensumfeld anbieten. Das sichert eine höhere Geburtenzahl und eine vorteilhaftere Altersstruktur. Darüber hinaus bewirkt Familienfreundlichkeit eine Reihe von positiven Effekten. Die Bilanzierungen in Kommunen, die Lokale Bündnisse für Familie eingeführt haben, belegen dies (BMFSFJ 2006).

Viele Kommunen setzen inzwischen auf diesen Entwicklungspfad. Die Gestaltung des demografischen Wandels verbunden mit dem Thema Familie wird als zweitwichtigste Aufgabe der Stadtentwicklung gesehen, noch vor Innenstadtentwicklung, Wohnungswesen oder Wirtschaftsförderung (Lipinski 2005, DIFU 2006).

Positive Effekte familienfreundlicher Investitionen in den Kommunen

- + Mehr Kaufkraft
- + Reduzierung öffentlicher Ausgaben
- + Standortvorteil
- + Prävention gegen Jugendkriminalität
- + Vernetzung zwischen Jung und Alt
- + Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- + Bessere Chancen für Integration
- + Imagegewinn

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg 2007

Mehr Kaufkraft

Bauen familienfreundliche Kommunen die Kinderbetreuung aus, schafft das neue Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung für Familien. 41% der Familien würden zusätzliches Einkommen in Konsum investieren, 27% in den Bau oder Kauf eines Hauses. Ein Teil dieser Konsumausgaben verbleibt in Kommune und Region und stärkt so die regionale Wirtschaft (Lipinski 2004).

Wertschöpfung in der Kommune, Beispiel aus den Lokalen Bündnissen

Lokales Bündnis Wettenberg: Familie hat Zukunft! Regionalwirtschaftlicher Nutzen des Zuzugs junger Familien

Herausforderung:

Im Wettbewerb mit anderen Regionen setzt Wettenberg auf Wachstum sowohl durch Zuzug als auch durch den Abbau von Hindernissen zur Realisierung des Kinderwunsches.

Maßnahmen:

Ganzheitlicher Ansatz der Attraktivitätssteigerung Wettenbergs für Familien; mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung; Schwerpunkt bei der Kinderbetreuung; Flexibilisierung, Erweiterung und Qualitätssteigerung bei Betreuung und Bildung; Bürgerschaftliches Engagement; Miteinander der Generationen; Information und Vernetzung.

Nutzen:

Bewertungsansatz: Der Zuzug von Einwohnern führt zu zusätzlichen Einkommen und Einkommensverausgabung in der Region. Die Kommune profitiert direkt von mehr Einnahmen aus Steuern und Abgaben.

Quantifizierbare Effekte:

Regional verausgabtes und induziertes Einkommen.

Konkretisierung Wettenberg: Einwanderungsüberschuss 2004 i.H.v. 44 Personen (nur junge Familien), davon 21 Kinder zwischen 0 und 10 Jahren. 16 Familienzuzugswanderer sind in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Bruttoeinkommen der zugezogenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten:	344.000 €
Nettoeinkommen der zugezogenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten:	240.000 €
Davon regional verausgabte:	42.000 €
Induziertes Einkommen:	8.000 €
Gesamtes regional verausgabtes Einkommen:	50.000 €

Kosten: Etat für die Bündnisdurchführung (incl. Externe Begleitung): 10.000 - 13.000 € / Jahr

Finanz- und Attraktivitätsgewinn für die Gemeinde!

BMFSFJ 2006

Reduzierung öffentlicher Ausgaben

Alleinerziehende erhalten durch eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung die Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Entsprechend weniger müssen sie staatliche und zum Teil kommunal finanzierte Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Weitere Pluspunkte sind die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie zusätzliche Steuer- und Sozialausgaben (siehe auch Monitor Familienforschung Nr. 9). In Regionen mit Lokalen Bündnissen für Familie sind zusätzli-

che Arbeitsplätze z.B. im Bereich der Kinderbetreuung oder familiennahen Dienstleistungen entstanden (Lipinski 2005, BMFSFJ 2006).

Standortvorteil

Familienfreundlichkeit vor Ort ist für Unternehmen bei der Auswahl ihres Standortes zunehmend ein wichtiger Faktor (siehe auch Monitor Familienforschung Nr. 8). Firmen siedeln sich insbesondere dort an, wo sie ein unterstützendes Umfeld für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorfinden. Familienfreundlichkeit wirkt sich positiv auf die Arbeitsleistung aus. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind konzentrierter und leistungsfähiger, wenn sie ihren Familienalltag organisiert und ihre Kinder in guten Händen wissen. Als weiterer Aspekt kommt hinzu, dass Unternehmen in familienfreundlichen Kommunen größere Chancen sehen, junge Fachkräfte anzuwerben. Kommunen, die ein entsprechendes Bevölkerungsprofil bieten können, sind bei der Unternehmensansiedlung im Vorteil (Lipinski 2005, Familienatlas 2007).

Prävention gegen Jugendkriminalität

Eine familienfreundliche Kommune investiert in Prävention, Familienbildung und familienunterstützende Netzwerke. Damit werden Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Diese Prävention spart Geld gegenüber späterer Intervention. Kommunen oder Landkreise werden in geringerem Maße durch Kosten fehlgeschlagener Sozialisation belastet. Studien aus den USA belegen z.B. die positive Sozialisationswirkung vorschulischer Programme: Jugendliche werden seltener kriminell, es entstehen geringere Kosten für die öffentliche Sicherheit, die Beseitigung von Vandalismus-schäden und die Bereitstellung von Maßnahmen der Jugendhilfe (Lipinski 2005).

Vernetzung zwischen Jung und Alt

Familiale Netze werden weiter oder fehlen zunehmend ganz. Familienfreundlichkeit trägt zur Altersmischung der Bevölkerung bei und schafft neue Verbindungen zwischen Jung und Alt. Angebote wie sie z.B. Mehrgenerationenhäuser machen tragen zur Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung von älteren und jüngeren Menschen bei. Die Einbindung in ein funktionierendes Gemeinwesen bietet älteren Menschen länger die Möglichkeit einer selbständigen Lebensführung und spart Kosten im Bereich der Altenhilfe (Lipinski 2005).

Förderung bürgerschaftlichen Engagements

In Regionen, in denen Lokale Bündnisse für Familie bestehen, ist eine Zunahme bürgerschaftlichen Engagements zu verzeichnen. Mütter und Väter sind wichtige Träger freiwilligen Engagements. Beispielhaft sind Elterninitiativen zur Kleinkinderbetreuung, die Beteiligung an Schulvereinen und Elternbeiräten etc. Familien sind interessiert, Kommunalpolitik mitzugestalten und ihre Interessen zu vertreten, wenn

ihnen die Möglichkeit dazu geboten wird. Eine Infrastruktur, die Gelegenheiten für bürgerschaftliches Engagement schafft, trägt erheblich zu einem gelingenden und lebendigen Gemeinwesen bei (Lipinski 2004, BMFSFJ 2006).

Bessere Chancen für Integration

Die Integration von Migrantenfamilien ist für viele Kommunen eine Herausforderung. Eine familienfreundliche Politik kann Hilfestellung leisten: Durch Sprachförderung in Kindergarten und Schule, durch Begegnungsmöglichkeiten, die Vermittlung von Hilfestellungen zur Bewältigung der Migrationssituation etc. Die Kommune spart auch hier langfristig an Geldern für erziehungsunterstützende Maßnahmen und Sozialhilfe, wenn bspw. Jugendliche aus Migrantenfamilien eine ihren deutschen Altersgenossen vergleichbare Schulbildung erreichen (Lipinski 2005).

Imagegewinn

Familienfreundlichkeit als kommunales Profil ist für eine Kommune eine Möglichkeit zur positiven Selbstdarstellung innerhalb der Bürgerschaft und außerhalb der eigenen Stadt oder Gemeinde. Strukturschwache ländliche Regionen geben an, dass sich ihre Attraktivität nach Einführung eines Lokalen Bündnisses für Familie gesteigert hat (BMFSFJ 2006).

3. Handlungsfelder für mehr Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit vor Ort wird oft auf eine gut ausgebaute Kinderbetreuung reduziert. Sie umfasst aber weit mehr Bereiche. Familienfreundlichkeit heißt, Familien ganzheitlich in ihrem Lebensverlauf in einem gelingenden Familienleben zu unterstützen und denjenigen, die (noch) keine Kinder haben, die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu erleichtern. Familienfreundlichkeit setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: dazu gehören die finanzielle Unterstützung von Familien, der Aufbau einer adäquaten Infrastruktur vor Ort und die Schaffung einer familienfreundlichen Grundstimmung in der Kommune (Höffinger, Lipinski 2005).

Familien und ihre einzelnen Mitglieder haben unterschiedliche Bedürfnisse – je nach Alter der Kinder und Familienphase, je nach Familienform und persönlicher Lebenssituation. Eine familienfreundliche Kommune eröffnet Familien Wahlmöglichkeiten, ihre individuellen Vorstellungen von Familienleben umsetzen zu können (Höffinger, K. Schmidt, Lipinski 2005, 7. Familienbericht BMFSFJ 2006).

Handlungsfelder

Sollen Familien auf unkomplizierte Weise Zugang zu Angeboten aus unterschiedlichen Bereichen haben, sind diese idealerweise aufeinander abgestimmt, miteinander vernetzt und an einem Ort abrufbar. Institutionen wie der Netzwerknoten der Lokalen Bündnisse in Baden-Württemberg oder

der Deutsche Verein haben Aufstellungen über Handlungsfelder für familienfreundliches Handeln im kommunalen Bereich vorgelegt, die die ganze Bandbreite der Thematik aufzeigen (N. Schmidt 2006, BMFSFJ 2007).

Handlungsfelder für Familienfreundlichkeit vor Ort



FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg 2007

Familienbelange in Politik und Verwaltung

Familienfreundlichkeit ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Politikfelder tangiert. Um das „Prinzip Familie“ zum politischen Gestaltungsauftrag werden zu lassen, ist es wichtig, konkrete Zuständigkeiten zu schaffen und Familienfreundlichkeit als Ziel in der Verwaltungsorganisation zu verankern. Das ist beispielsweise mit einem Leitbild möglich, das die familienpolitischen Ziele festlegt, oder der Installation eines/r Familienbeauftragten. Weiterhin sollte die Kommune ihr Planungshandeln transparent gestalten, Beteiligungsmöglichkeiten für Familien schaffen und ggfs. regelmäßig über ihr familienfreundliches Handeln Bericht erstatten. Die Kommune sollte als familienfreundlicher Arbeitgeber Vorbild sein. Ein familienfreundlicher Zugang zu behördlichen Dienstleistungen (z.B. hinsichtlich der Öffnungszeiten und der Gestaltung der Örtlichkeiten) ist hier eine Selbstverständlichkeit (Lipinski 2005, Höffinger, N. Schmidt 2006).

Kinderbetreuung

Eine gute Kinderbetreuung, die die Bedürfnisse von Eltern und Kindern im Auge hat, beschränkt sich nicht nur auf eine bedarfsgerechte Anzahl von Betreuungsplätzen für Klein-, Kindergarten- und Schulkinder. Auch eine hohe pädagogische Qualität der Einrichtung und die Förderung der Kinder müssen gesichert sein, z.B. durch gut qualifiziertes Erziehungspersonal, durch kleine Gruppengrößen und einen guten Betreuungsschlüssel. Betreuungsangebote in Notfällen und während der Ferienzeiten werden derzeit von vielen

Eltern genauso vermisst wie bedarfsgerechte Öffnungszeiten, die immer mehr Eltern aufgrund von Schichtdiensten benötigen (BMFSFJ 2005).

Unterstützung im Erziehungshandeln

Viele Eltern begrüßen es, wenn sie für eine gelingende Erziehung ihrer Kinder in ihren Erziehungskompetenzen gestärkt werden und unterstützend auf Bildungs- und Beratungsangebote zurückgreifen können oder geförderte Elterninitiativen vorfinden. Für Familien in speziellen Problemsituationen ist ein niedrigschwelliges Angebot hilfreich. Kinder mit Migrationshintergrund benötigen spezielle Förderangebote, die ihr Umfeld miteinbeziehen (Höffinger).

Wohnen und Wohnumfeld

Möglichkeiten des familienfreundlichen Eigentumserwerbs und eine gut ausgebaute Nahversorgung stehen für ein familienfreundliches Wohnumfeld an erster Stelle. Ebenso wichtig sind Aspekte der öffentlichen Sicherheit, die Gestaltung öffentlicher Flächen und Spielmöglichkeiten für Kinder. Intergenerative Ansätze bringen Nachbarschaften zusammen. Die bedarfsgerechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sichert Familien Mobilität. Innovative Ideen sind gefragt, die die Integration und Begegnung von Bevölkerungsgruppen – Jung und Alt, Familien und Nicht-Familien, Einheimischen und Nichteinheimischen – ermöglichen oder die räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen aufheben (BMFSFJ 2007).

Gestaltung von Kultur und Freizeitangeboten

Kulturelle Veranstaltungen leben davon, dass sie für alle Gruppen offen sind. Orte für Kultur und Freizeit sollten für Familien, Jugendliche oder Senioren vorhanden sein. Insbesondere Museen, Büchereien oder Musikschulen werden von Familien besucht. Vorstellbar sind auch verstärkt spezielle Angebote für Väter und Kinder.

Familie und Pflege

Senioren und ihre Familien brauchen Unterstützungsleistungen und Beratung, um die Situation der Familienpflege gut ausgestalten zu können. Familienunterstützende Dienstleistungen vor Ort wie z.B. kurzfristige Betreuungsangebote für ältere Menschen tragen entscheidend zur Entlastung von Familien bei.

Einen Überblick über die thematische Vielfalt familienfreundlichen Handelns bieten das Internetportal: www.familienfreundliche-kommune.de oder das Handbuch Kommunale Familienpolitik. Hier finden sich eine Reihe von konkreten Beispielen für Familienfreundlichkeit vor Ort, die bereits mit Erfolg umgesetzt wurden und nachahmenswert sind.

Nicht jede Kommune kann alles machen

Die Bandbreite der familienfreundlichen Maßnahmen ist groß und nicht jede Kommune kann alles umsetzen. Die

Möglichkeiten der Kooperation z.B. mit anderen Kommunen, mit Unternehmen oder mit Verbänden sind allerdings bei weitem nicht ausgeschöpft. Es gibt kein allgemeingültiges Raster für Familienfreundlichkeit, da die lokalen Kontextbedingungen zu heterogen sind. Es gilt die besonderen regionalen Bedarfe und Notwendigkeiten festzustellen und ein Profil für Familienfreundlichkeit zu entwickeln. Dieses wird idealerweise in einem Leitbild zusammengefasst und in einem Handlungsplan konkretisiert. Wichtig sind konkrete Vorhaben, die nach vorgegebenen Zeiträumen überprüft und in ihrem Fortschritt gemessen werden können. Unterstützung dabei bieten Arbeitshilfen wie Checklisten, Zukunftswerkstätten oder Auditierungsverfahren (Höffinger, Jordan/Hensen 2004).

Checkliste Familienfreundlichkeit

Anhand bereits entwickelter Checklisten können Kommunen ihr familienfreundliches Angebot bilanzieren und Vorhaben für die Zukunft formulieren. Eine Handreichung stellt z.B. der Netzwerknoten der Lokalen Bündnisse Baden-Württemberg zur Verfügung (Netzwerknoten 2007). Eine Gruppe von 15 Städten hat sich zusammengeschlossen, um strategische Ziele und ein Vergleichssystem für Struktur- und Leistungsdaten zur Familienfreundlichkeit zu erarbeiten (http://www.kgst.de/menu_links/projekte/vergleichsringe/alle_vergleichsringe/familienfreundliche_stadt_gk_3_d/index.html).

Zukunftswerkstätten familienfreundliche Kommune

In Baden-Württemberg können Kommunen mit dem Ziel, ihr familienfreundliches Profil zu stärken, eine Zukunftswerkstatt absolvieren. Ein eintägiger Workshop bietet die Möglichkeit unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure die bisherige Situation der Kommune zu bilanzieren, besondere Bedarfe für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort festzustellen und Handlungskonzepte für die Zukunft zu entwickeln. In einem zweiten Schritt können nach Ablauf eines festgelegten Zeitraums die Fortschritte evaluiert werden (Familienforschung Baden-Württemberg 2006).

Audit Familienfreundliche Kommune

In Österreich wurde ein Auditierungsverfahren zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit speziell für Kommunen entwickelt. Ziel ist die Überprüfung aller kommunalen Lebensbereiche aus dem Blickwinkel von Familien und Kindern. Die Bildung von Netzwerken, Dialog und Kommunikation aller Akteure stehen im Vordergrund. Der Weg zu mehr Familienfreundlichkeit ist standardisiert, das heißt, die unterschiedlichen Schritte des Audits sind festgeschrieben. Nicht standardisiert sind dagegen die inhaltlichen Anforderungen für die Gemeinden (Retzl 2003).

Finanzierung von Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit gibt es nicht zum Nulltarif, aber die getätigten Investitionen rechnen sich. Eine Untersuchung zur ökonomischen Wirkung der Lokalen Bündnisse zeigt handfeste monetäre Vorteile, die mehr Familienfreundlichkeit vor Ort mit sich bringt. Die erzielten Erträge übertreffen die Investitionen bei weitem. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation sind Kommunen aber gezwungen, Prioritäten zu setzen und Kreativität zu entwickeln, um Gelder für familienfreundliche Investitionen zu erschließen. Gelder können z.B. über Sponsoring, die Beteiligung an Förderprogrammen, die Bewerbung bei Stiftungen gewonnen werden. Überdies geht es häufig gar nicht um Großprojekte, die viel Geld kosten. Lokale Bündnisse bieten sich als Plattformen an, über die Know-how, Arbeitsleistungen, Sachleistungen (z.B. Räume) eingebracht und verbunden werden können (BMFSFJ 2006).

Potenziale nutzen - Familienatlas 2007

Der Familienatlas 2007 des BMFSFJ ermöglicht den Akteuren in den Stadt- und Landkreisen eine differenzierte Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen von Familien vor Ort, zeigt regionale Potenziale auf und gibt Anregungen für weitere Handlungsmöglichkeiten. In einer Analyse wird erfasst, was die 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland Familien in den Handlungsfeldern Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung und Ausbildung sowie Freizeitgestaltung bieten. Die Ergebnisse werden mit regionalen Rahmendaten wie der Beschäftigungssituation und demografischen Indikatoren in Beziehung gesetzt und daraus Familienfreundlichkeits-Profile der Regionen abgeleitet. Detaillierte Daten und Ergebnisse sind abrufbar unter <http://www.prognos.com/familienatlas>.

4. Potenzialentwicklung durch Zusammenarbeit

Alle Akteure an einem Strang

Kommunale Familienpolitik sollte alle Akteure vor Ort interessieren, die mit der Lebenswirklichkeit von Familien zu tun haben: Politik, Kirchen, örtliche Geschäftsleute und Dienstleister, Gewerkschaften, freie Träger, Kammern oder Vereine und Verbände. Ganzheitliche Familienfreundlichkeit lässt sich umso erfolgreicher erzielen, je mehr Beteiligte gewonnen werden können. Im Verlauf der Lokalen Bündnisse hat sich gezeigt, dass die Kommune selbst jedoch in der Regel wichtigster Akteur ist. Ihr kommt die Rolle als Moderator, Motor und Koordinator zu (Höffinger).

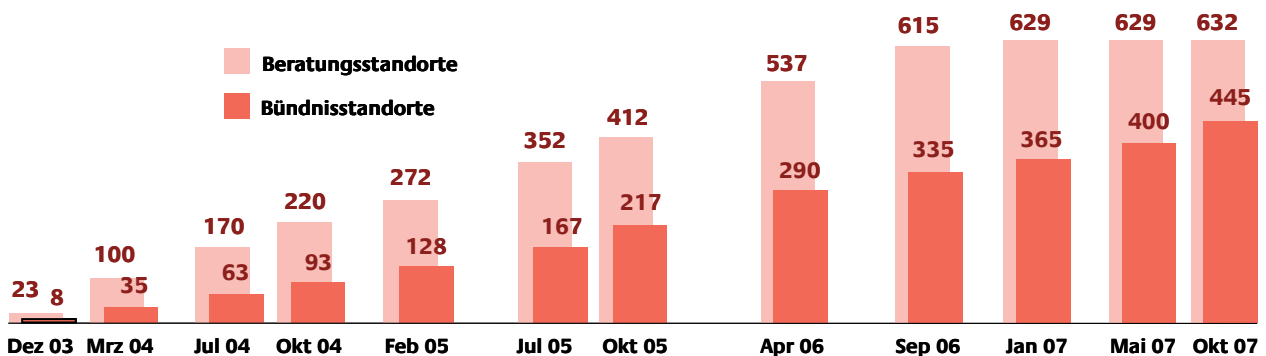
Der Zusammenschluss verschiedener Akteure bringt eine Reihe von positiven Synergien mit sich. Die Arbeit in Bündnissen, Netzwerken und Allianzen hat gezeigt, dass der Zusammenschluss eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Familienfreundlichkeit bringt. Zwischen den

Akteuren verbessert sich der Informationsfluss und es können neue Ressourcen erschlossen und Verantwortlichkeiten besser verteilt werden. Eine ganzheitliche Betrachtung des Themas Familienfreundlichkeit und die Entwicklung von Innovationen werden begünstigt (BMFSFJ 2006).

Lokale Bündnisse für Familie

Ziel der Initiative der Lokalen Bündnisse des BMFSFJ ist es, verschiedene Partner vor Ort für mehr Familienfreundlichkeit zusammenzubringen bzw. bestehende Zusammenschlüsse zu unterstützen und auszubauen. Die Akteure arbeiten partnerschaftlich und ergebnisorientiert zusammen, sind Ideenschmiede für innovative Projekte und setzen diese arbeitsteilig um. Ein zentrales Servicebüro unterstützt bei der Gründung von Bündnissen, der Organisation und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Servicebüro 2007).

Lokale Bündnisse für Familien – eine Erfolgsgeschichte



BMFSFJ 2007

Bisher sind in über 430 Kommunen, Landkreisen und Regionen solche Netzwerke entstanden, die sich für konkrete Verbesserungen der Familienfreundlichkeit vor Ort engagieren und für lokale Beteiligungsmöglichkeiten von Familien einsetzen. Es hat sich gezeigt, dass im Laufe der Bündnisarbeit die Vernetzung der Beteiligten stetig enger geworden ist. Der Einzugsbereich der Bündnisse erreicht inzwischen über 43 Millionen Menschen. An den Lokalen Bündnissen sind seit Beginn der Initiative 2004 über 10.000 Akteure beteiligt. Es konnten rund 4500 Projekte realisiert werden (BMFSFJ 2007).

79% der Bevölkerung halten die Arbeit der Lokalen Bündnisse für Familie für wichtig oder sehr wichtig. Sie tragen zum dauerhaften Mentalitätswandel bei und sind Bestandteil nachhaltiger Familienpolitik. Die Kommunen, in denen Bündnisse gegründet werden, berichten von positiven Effekten wie Attraktivitätssteigerung, positivem Zuwanderungssaldo, Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse, positiven Einkommens- und Steuereffekten und einem Anstieg der regionalen Bruttowertschöpfung. Das umfassende Serviceangebot der Lokalen Bündnisse ist im Internet über <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/> abzurufen (BMFSFJ/Prognos 2006, Servicebüro 2007).

Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie

Das Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie motiviert und unterstützt Unternehmen bei der Einführung einer familienbewussten Personalpolitik. Es werden Umsetzungsmöglichkeiten für Familienfreundlichkeit aufgezeigt und die Vorteile dargestellt, die sich aus familienfreundlichen Maßnahmen ergeben. Studien haben ergeben, dass der betriebswirtschaftliche Nutzen (z.B. durch einfachere Rekrutierung, geringere Fluktuation, geringere Kosten der Elternzeit) die Investitionen übersteigt. Auch der kommunale Aspekt spielt eine Rolle. Unternehmen gelingt es mit familienbewusster Personalpolitik, hoch qualifiziertes Personal anzuziehen und zu halten. Teil des Programms ist das beim DIHK angesiedelte Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie, in dem sich Unternehmen laufend austauschen und voneinander lernen. Rund 1.000 Unternehmen beteiligen sich bereits am Netzwerk. Viele der Unternehmen arbeiten auch in den Lokalen Bündnissen für Familie mit. Rund ein Drittel der 10.000 Bündnisakteure sind Wirtschaftsunternehmen (<http://www.erfolgsfaktor-familie.de>).

Mehrgenerationenhäuser

Wie kann das Miteinander der Generationen gelingen und genutzt werden? Familienfreundlichkeit vor Ort bedeutet auch, verschiedene Generationen an einen Tisch zu bringen. Familien werden kleiner, können nicht mehr so viele Aufgaben übernehmen. Zudem wohnt in Zeiten gestiegener Mobilität die eigene Familie oft nicht mehr an einem Ort. Hier gilt es ein neues Miteinander der Generationen zu initiieren. Das ist das Ziel des Aktionsprogramms MehrGenerationenHaus des BMFSFJ: Die Idee, das Potenzial der familiären Netzwerke zu erhalten und in eine moderne Form zu bringen. Es sollen neue Netzwerke entstehen, die sich über verschiedene Lebensalter hinweg unterstützen. Das Prinzip der Großfamilie, in der sich Menschen aller Generationen ganz selbstverständlich im Alltag begegnen, ist das Vorbild (Jordan 2006, K. Schmidt 2006).

Die Mehrgenerationenhäuser sind Raum für Begegnung und ermöglichen es, gegenseitig Kompetenzen zu nutzen. Sie vernetzen Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen und sollen sich so zu einer lokalen Drehscheibe entwickeln. Freiwillig Engagierte und professionelle Kräfte arbeiten eng zusammen. Mit bereits vorhandenen Angeboten und Trägern wird eine Vernetzung angestrebt. Mehrgenerationenhäuser stiften wirtschaftlichen Nutzen durch die Vermittlung von Dienstleistungen, sie bieten Kinderbetreuung, generationenspezifische Angebote und einen offenen Tagestreff. Eine Serviceagentur als zentraler Ansprechpartner unterstützt bei der Umsetzung dieser Ziele (BMFSFJ 2007).

Ganz unterschiedliche Einrichtungen vom Eltern-Kind-Zentrum über die Kirchengemeinde bis zum Seniorentreff haben sich dem Konzept angeschlossen. In einer ersten Ausschreibungswelle konnten 2006 mehr als 200 Mehrgenerationenhäuser am Aktionsprogramm beteiligt werden. Bis Anfang 2008 soll die Anzahl auf 500 erhöht werden (BMFSFJ 2007).

Eine erste Evaluation zeigt, dass ein Drittel der Häuser bereits den regelmäßigen Besuch von drei Generationen etabliert hat. Bemerkenswert ist auch das hohe Maß an freiwilligem Engagement, fast 60% der Aktiven in den Häusern sind auf freiwilliger Basis tätig. Erreicht werden konnte auch die Vernetzung der verschiedensten Akteure aus dem kommunalen Bereich, so wird zum Beispiel jedes fünfte Mehrgenerationenhaus von einem Wirtschaftsunternehmen oder -verband unterstützt.

Datenquellen und Literatur

Falls nicht anders angegeben, handelt es sich um Auswertungen der amtlichen Statistik. Die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg stellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Monitor aktuelle Daten und Forschungsergebnisse zusammen.

Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Demographischer Wandel, siehe: <http://www.wegweiserdemographie.de/>

BMFSFJ: Lokale Bündnisse für Familien siehe <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>

BMFSFJ: Lokale Bündnisse für Familie. Stationen, Erfolge, Impulse, Berlin 2005 (dabei insbesondere die Beiträge von W. Dettling, H. Bertram und K. Strohmeier)

BMFSFJ/DJI: Kernaussagen des siebten Familienberichts für Lokale Bündnisse, Berlin 2007

BMFSFJ: 7. Familienbericht, Berlin 2006

BMFSFJ/Prognos/DIHK: Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Handlungsfelder, Potenziale, Berlin 2007

BMFSFJ: Monitor Familienforschung Nr. 9, Auf den Anfang kommt es an – Familien mit kleinen Kindern wirksam fördern, 2007

BMFSFJ: Auswertung Benchmark, Begleit- und Wirkungsforschung im Aktionsprogramm der Mehrgenerationenhäuser, Berlin 2007

BMFSFJ: Starke Leistung für jedes Alter. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Berlin 2007

BMFSFJ: Lokale Bündnisse für Familie: Zahlen, Daten, Fakten – die Lokalen Bündnisse im Überblick, Berlin 2007

BMFSFJ: Monitor Nr. 8, Familienbewußte Personalpolitik als Bestandteil der Unternehmenskultur, 2006

BMFSFJ/Prognos: Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht, Berlin 2006

BMFSFJ: Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung. Anreize für Kommunen mehr Kindertagesbetreuung bereitzustellen, Berlin 2005

DIFU: DIFU-Bericht 01/2006 Hauptaufgaben der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik, Berlin 2006

DStGB: Dokumentation No 65, Gemeinden und Unternehmen sagen Ja zu Kindern Standortfaktor Familie, Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde INTERAKTIV“ Ausgabe 11/2006

Ebbinghaus, B./Noll, H.-H./Bahle, T./Wendt, C./Scheuer, A.: VFA-Report Lebensqualität 2006, Mannheim 2006

Erfolgsfaktor Familie: <http://www.erfolgsfaktor-familie.de>

FamilienForschung Baden-Württemberg: Wege zu mehr Familienfreundlichkeit – 100 Praxisbeispiele, Stuttgart 2007

FamilienForschung Baden-Württemberg: Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune, Stuttgart 2006

Franz, P. Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1/2004

Forsa: Was brauchen junge Eltern – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, 2005

Höffinger, Werner: Örtliche und regionale Familienpolitik ist zukunftsorientierte Familienpolitik, siehe Familienhandbuch online

Jordan, E./Hensen, G.: Kommunale Familienpolitik in: Schmidt, Nora: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006

Koziol, M.: Folgen des demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1/2004

Lipinski, H. Familienfreundliche Kommune: Luxus oder Notwendigkeit in finanziell schwierigen Zeiten, in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2005

Lipinski, H.: Familie beginnt vor Ort, in Perspektive 21, Heft 23, 2004

Mädig, H.: Demographischer Wandel und Kommunalfinanzien – einige Trends und Erwartungen, in Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1/2004

Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg: Zukunftswerkstatt Familien, Bericht über die Erfolge, Stuttgart 2006

Müller, B.: Demographischer Wandel und die Folgen für die Städte – Einführung und Übersicht, in Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1/2004

Müller, B./Siedentop, S.: Wachstum und Schrumpfung in Deutschland – Trends, Perspektiven und Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 1/2004

Netzwerknoten Lokale Bündnisse für Familie Baden-Württemberg: Handreichung „Familienfreundliche Kommune“, Stuttgart 2007

Retzl, H.: Das österreichische Audit familien- und kinderfreundliche Kommune -ein Meilenstein in der kommunalen Familienpolitik, Vortragsmanuskript 2003

Schmidt, K.: Visionen einer kinder- und familienfreundlichen Stadt, siehe www.bertelsmann-stiftung.de

Schmidt, K.: Kommunalpolitik unter dem Eindruck des demographischen Wandels, in Schmidt, Nora: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006

Schmidt, N.: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006

Seitz, H.: Kommunale Finanzen in Zeiten demographischer Veränderungen, siehe www.bertelsmann-stiftung.de

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie: Aktiv für Familienfreundlichkeit in Deutschland, Berlin 2007

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Familienfreundliche Kommune, siehe <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/>

Strohmeier, K./Bader, S.: Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum, in Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1/2004

Walla, W./Eggen, B./Lipinski, H.: Der demographische Wandel – Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Stuttgart 2006

Impressum

11

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Telefon: 01 88 8/555 – 0
Telefax: 01 88 8/555 - 41 03
Internet: www.bmfsfj.de
Verantwortlich i.S.d.P.:
Iris Bethge

Redaktion und Gestaltung:

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg
Erich Stutzer, Heike Lipinski
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Internet: www.fafo-bw.de

Stand: Oktober 2007